

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 19.11. – 23.11.2012



1. Bundeshaushalt 2013

2. Beschneidung



Bundeshaushalt 2013 – Palaver statt Lösungen

Der Bundeshaushalt 2013 ist allein schon wegen der unklaren Höhe der Belastungen durch Hilfen für das verschuldete Griechenland Makulatur. Leider hat Finanzminister Schäuble keinen Risiko-Puffer in seiner Haushaltsplanung eingebaut. Dafür müssten Merkel und Schäuble schließlich eingestehen, dass die Hilfen für Griechenland echtes Geld kosten werden und nicht mehr nur Kredite und Bürgschaften. Genau dies aber will die Regierung um jeden Preis vermeiden und so wird weiterhin vertuscht und verschleiert. Soviel Unehrllichkeit in der Debatte schadet letztendlich dem Vertrauen in Europa. Die Kanzlerin spielt aus taktischen Gründen auf Zeit. Wir sagen: Frau Merkel, sagen sie den Menschen endlich ehrlich, dass die Rettung Griechenlands Geld kostet!

Ergebnislose Euro-Finanzminister-Konferenz

Dass sich die Euro-Finanzminister in der Nacht zum Mittwoch nicht auf eine Lösung für Griechenland verständigen konnten, verschärft die Lage und führt zu weiterer Verunsicherung an den Märkten sowie bei den Bürgerinnen und Bürgern. Außerdem wird die Europäische Zentralbank (EZB) immer mehr in die Rolle eines Zwischenfinanzierers für Griechenland getrieben.

Bundesfinanzminister Schäuble informierte am Mittwochmorgen die SPD-Fraktion aktuell über die Verhandlungen in Brüssel. Nach dem nächtlichen Verhandlungsmarathon erkennen wir sein Bemühen ausdrücklich an. Seinem Bericht war jedoch zu entnehmen, dass es auf dieser Ebene wohl nicht besonders „sortiert“ zugeht und dass die Bundesregierung keine klare Verhandlungslinie hat.

"Die Stunde der Wahrheit ist da. Machen sie sich selbst ehrlich", forderte Peer Steinbrück in der Generaldebatte. Die Kanzlerin müsse sagen, was das alles den deutschen Steuerzahler koste. Es wäre angemessen, die Verabschiedung des Bundeshaushaltes so lange zu verschieben bis Klarheit auf europäischer Ebene herrscht.

Generalabrechnung mit der Politik der Bundesregierung

„Jede Frittenbude wird besser gemanagt“

"Diese Koalition kämpft nur mit und um sich selbst", sagte Steinbrück und arbeitete sich am Versagen der Merkel-Regierung ab, die kaum Initiativen für Wachstum und Beschäftigung aufgelegt habe. Im Bundestags-Recherchesystem habe er lediglich das Wachstumsbeschleunigungsgesetz für Hoteliers und reiche Erben gefunden. Merkel warf er vor: "Frau Bundeskanzlerin, wir haben im Schloss Bellevue bereits einen Präsidenten. Sie können sich nicht einfach zurücklehnen, sondern sind als Chefin des Kabinetts für das mangelhafte Handwerk ihrer Regierung voll verantwortlich."

Mit scharfer Zunge zerpflückte Steinbrück die Projekte von Schwarz-Gelb, vom Betreuungsgeld über die Rente bis zum Gesundheitsfonds und die verkorkste Energiewende. „Sie veranstalten einen Gipfel nach dem anderen. Aber weiß noch irgendjemand, welcher Gipfel welches Ergebnis hatte?“, fragte Steinbrück. Merkel biete „Gipfel statt Strategien, Palaver statt Lösungen“.

Schwarz-Gelb plündert Zukunftsreserven

Gerade weil Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble die Euro-Mitgliedstaaten stets mit erhobenem Zeigefinger zum Sparen ermahnen, hätten sie den Bundeshaushalt 2013 solide aufstellen müssen. Dies ist leider nicht der Fall. **Im nächsten Jahr wird die Koalition neue Schulden von 17,1 Milliarden Euro aufnehmen. Schäuble ist in seiner Amtszeit für 120 Milliarden Euro neue Schulden verantwortlich. Allein diese „Schäuble-Schulden“ erfordern jährliche Zinszahlungen von über zwei Milliarden Euro. Das sind knapp sechs Millionen Euro Steuergelder pro Tag, die für Zukunftsinvestitionen wie Bildung, Arbeitsmarkt und Infrastruktur fehlen.** Hinzu kommen Buchführungstricks und Plünderung der Sicherungsreserven. Der Griff in die Sozialkassen bei Rente und in den Gesundheitsfonds zehren Polster für schlechtere Zeiten auf. Sogar vor den Gewinnen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) macht diese Bundesregierung nicht Halt. Das ist absolut kurzsichtig, denn es war unter anderem die KfW, die in den Krisenjahren 2009 und 2010 eine Kreditklemme in Deutschland verhinderte. Gleichzeitig beschließt die Regierungskoalition zusätzliche Ausgaben für Wahlgeschenke und unsinnige neue Leistungen wie das Betreuungsgeld. Einige Ausgaben, beispielsweise für Raddampfer und Militärmuseen, läuten wohl den Wahlkampf ein.

Wir haben am Freitag gegen diesen unsoliden Gesamt-Haushaltsplan gestimmt. Bereits zu Beginn der Haushaltswoche sprach sich die SPD, übrigens erstmalig in Haushaltsverhandlungen, gegen den Einzelplan 01 aus. Dieser steht für das Bundespräsidialamt. Hintergrund sind die Geldbezüge, die 2013 für Ex-Präsidenten von derzeit 199.000 Euro auf 217.000 Euro im Jahr steigen sollen. Wir wollten in erster Linie die Amtsausstattung des im Februar 2012 als Bundespräsident zurückgetretenen Christian Wulff beschneiden. Unser Antrag sah daher vor, dass Staatsoberhäupter, die wie Wulff ihre erste Amtszeit vorzeitig beenden, nur noch so lange Anspruch auf Sach- und Personalleistungen haben, wie sie im Amt waren. Ein unbefristeter Anspruch sollte erst nach einer vollen Amtsperiode gelten.

Zwei weitere Themen, die uns darüber hinaus besonders betroffen gemacht haben, waren die Verhandlungen im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung sowie beim Einzelplan zu Familie, Frauen, Senioren und Jugend, die wir beide in namentlicher Abstimmung ablehnten.

Beim Familienetat versucht die Regierungskoalition nämlich zu verdecken, dass Projekte gegen Rechtsextremismus, die aus dem Haushaltstitel „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert werden, 2014 im Regen stehen werden! Bis kurz vor der Abstimmung hat die SPD-Bundestagsfraktion noch versucht die Koalition umzustimmen – leider ohne Erfolg.

Beim Entwicklungsetat kürzt die Bundesregierung im kommenden Jahr den Etat um 124 Millionen Euro. Das ist ein großer Rückschlag für die deutsche Entwicklungspolitik und ein Bruch des eigenen Koalitionsvertrages! Die SPD hat geschlossen gegen diese Kürzung gestimmt.

Ausgewogen und gerecht sparen – aber auch Einnahmen generieren

Mit unserem Finanzierungskonzept wollen wir Deutschland zukunftsfähig gestalten. Nur eine sozial ausgewogene und gerechte Konsolidierungspolitik wird von den Menschen akzeptiert werden. **Unser Konzept umfasst den wirtschafts- und sozialverträglichen Abbau von Subventionen, die Modernisierung der Verwaltung sowie eine moderate Erhöhung der Steuerbelastung für sehr hohe Einkommen und Vermögen.** Starke Schultern müssen mehr tragen, dies wirkt auch gegen die wachsende Ungleichheit in Deutschland.

Mehrausgaben nur da wo sie gebraucht werden:

- 2 Mrd. Euro jährlich mehr für Bildung und Ausbildung (in 5 Jahren 10 Mrd. Euro);
- 3 Mrd. Euro jährlich mehr für Energiewende und Infrastruktur;
- 6,4 Mrd. Euro jährlich für Kommunen (in 5 Jahren 9 Mrd. Euro) – zusätzlich noch ein kommunaler Investitionspakt von 2 Mrd. Euro und die Aufstockung der Städtebauförderung auf 700 Mio. Euro.

Gegenfinanzierung:

- Finanztransaktionssteuer ab 2013 – 3 Mrd. Euro jährlich;
- Abgeltungssteuersatz auf Kapitaleinkünfte von 25 auf 23 Prozent erhöhen;
- Wachstumsbeschleunigungsgesetz (Hoteliergesetz) rückgängig machen;
- Spitzensteuersatz ab Einkommen von 100.000 Euro für Ledige und 200.000 Euro für Verheiratete auf 49 Prozent erhöhen;
- Einführung Mindestlohn (lt. Prognos-Studie 14 ½ Mrd. Euro im Jahr).

→ Unseren Antrag zum Haushalt fügen wir zu Eurer Kenntnis bei.

Beschneidung von minderjährigen Jungen

Nachdem das Landgericht Köln im Mai die religiöse Beschneidung eines minderjährigen Jungen als Körperverletzung gewertet hat, ist in Deutschland eine kontroverse Debatte entflammt. Die Einen sehen in der Beschneidung einen Angriff auf das Kindeswohl, die Anderen pochen auf Tradition und Religionsfreiheit.

Union, FPD und SPD haben die Regierung daraufhin in einem gemeinsamen Antrag aufgefordert, ein Gesetz vorzulegen. Nun hat die Bundesregierung einen Gesetzesvorschlag vorgelegt und beabsichtigt, den Regierungsentwurf schon in der nächsten Woche zu verabschieden.

Dieses eilige Vorgehen bei einem solch sensiblen Thema halten wir für unklug und falsch! Da inzwischen auch Änderungsanträge und Gruppenentwürfe vorliegen, besteht noch umfänglicher Beratungsbedarf und zumindest eine Experten-Anhörung muss möglich sein. Wir möchten Zeit haben, alle Entwürfe eingehend zu prüfen und wir möchten die Ergebnisse der Anhörung mit in unseren Meinungsbildungsprozess einfließen lassen.

Unserer Ansicht nach kann in diesem Jahr keine abschließende Beratung mehr erfolgen. Wir plädieren dafür, dass sich das Parlament noch etwas Zeit nimmt, über das Thema abschließend zu entscheiden, denn ein unausgereiftes Gesetz würde weder dem Kindeswohl noch jüdischen und muslimischen Anliegen gerecht werden.



Olaf Schüssler
Ortsvereins-
vorsitzender



Der SPD-Ortsverein Melsungen lädt ein:

Gute Arbeit – Gute Rente

Stadthalle Melsungen



MdB
Dr. Edgar Franke



MdB Anton Schaaf,
Mitglied der SPD
Rentenkommission

03.12.2012
um 19:00 Uhr

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia